

UN-Beschluss: Österreichs ältere Menschen bekommen endlich Schutz!

Die UN verabschieden eine Resolution zum Schutz der Rechte älterer Menschen. ÖGB-Chefin Kemperle betont die Bedeutung für Österreich.



Österreich - Die Vereinten Nationen haben eine wichtige Resolution verabschiedet, die die Gründung einer Arbeitsgruppe zur Ausarbeitung eines internationalen Vertrags zum Schutz der Menschenrechte älterer Menschen vorsieht. Diese Entscheidung wird von Monika Kemperle, der Bundespräsidentin des ÖGB, als bedeutender Meilenstein für die Rechte älterer Menschen in Österreich betrachtet. Kemperle hebt hervor, dass es in vielen Bereichen wie Gesundheitsversorgung, Arbeitsmarkt, sozialem Leben und im Schutz vor Altersarmut weiterhin Benachteiligungen gibt, die durch diese Initiative adressiert werden könnten. Ein international verbindlicher Rahmen sei dringend nötig, um bestehende Lücken zu schließen und soziale Gerechtigkeit für

ältere Menschen zu fördern. Wie **OTS berichtet**, betont Kemperle, dass ältere Menschen in Österreich Respekt, Sicherheit und rechtlichen Schutz benötigen.

Die Notwendigkeit eines besseren Schutzes älterer Menschen wurde auch auf der 13. Sitzung der UN Open-ended Working Group on Ageing (OEWG-A) deutlich, die vom 3. bis 6. April 2023 in New York stattfand. Hier wurden zentrale Themen wie das „Recht auf Gesundheit und Zugang zu Gesundheitsdienstleistungen“ sowie die „Soziale Inklusion älterer Menschen“ diskutiert. Argentinische Botschafterin María del Carmen Squeff wurde als Vorsitzende der Sitzung bestätigt. Anwesend waren neben Politikern auch Vertreter zivilgesellschaftlicher Organisationen, darunter Claudia Mahler, eine Unabhängige Expertin der UN für ältere Menschenrechte. Diese Sitzung wurde von **Institut für Menschenrechte** als Plattform genutzt, um den Austausch über die dringend benötigten normativen Standards für ältere Menschen zu fördern.

Herausforderungen im Gesundheitsbereich

Die Herausforderungen im Gesundheitswesen sind beträchtlich. Ältere Menschen sehen sich oft mit Barrieren konfrontiert, die den Zugang zu notwendigen Dienstleistungen einschränken. Fehlende internationale Standards führen dabei zu Schutzlücken. Die Diskussionen um die Gesundheitsversorgung zeigten, dass Altersdiskriminierung, hohe Selbstbeteiligungskosten und physische Zugangsprobleme bedeutende Hindernisse darstellen. Besonders betroffen sind ältere Frauen sowie Menschen mit Behinderungen und Migrationshintergrund, die intersektional diskriminiert werden. Dies wurde auch in den Fachgesprächen des Deutschen Instituts für Menschenrechte deutlich, die Themen wie den Zugang zu Gesundheitsdiensten behandelten.

In einer der Diskussionsrunden wurde die digitale Transformation im Gesundheitswesen als Herausforderung

wahrgenommen, die ältere Menschen zusätzlich benachteiligt. In der gesellschaftlichen Wahrnehmung wird häufig das Bild des alten Menschen als schwach und hilfsbedürftig gefördert, was die Rechte älterer Menschen beeinträchtigt. Negative Altersbilder können den Zugang zu medizinischen Leistungen verschlechtern und die Qualität der Gesundheitsversorgung mindern, wie **Institut für Menschenrechte** feststellt.

Die Notwendigkeit sozialer Inklusion

Ein weiteres zentrales Thema der Impfkonzferenz war die soziale Inklusion älterer Menschen. Altersdiskriminierung zeigt sich nicht nur in der Gesundheitsversorgung, sondern sie führt auch zu Einsamkeit und sozialer Isolation. Diese Problematik wird durch das verinnerlichte Ageism, also das gesellschaftliche Vorurteil, ältere Menschen seien weniger wert, verstärkt. Diese Denkmuster bewirken, dass ältere Menschen häufig nicht aktiv an sozialen und politischen Prozessen teilnehmen. Die Diskussionen auf der 13. Sitzung der OEWG-A verdeutlichten, dass es dringend notwendig ist, neue soziokulturelle Rollen für ältere Menschen zu schaffen und stereotype Darstellungen zu verändern.

Die kommenden Sitzungen der OEWG-A, insbesondere die 14. Sitzung im Mai 2024, sind entscheidend, um die Partizipation älterer Menschen im öffentlichen Leben zu fördern und zu gewährleisten, dass ihre Rechte in Entscheidungsprozesse einfließen. Dies könnte ein weiterer Schritt in Richtung der dringend benötigten sozialen Gerechtigkeit für ältere Menschen sein und die soziale Inklusion nachhaltig stärken.

Details	
Ort	Österreich
Quellen	• www.ots.at • www.institut-fuer-menschenrechte.de • www.institut-fuer-menschenrechte.de

Details	
	menschenrechte.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at